

30 000 Unterschriften für freies Saatgut übergeben

SB 6.4.11

In Bern wurden am Freitag dem Bundesrat 30 000 Unterschriften der Petition «Zukunft säen – Vielfalt ernten» überreicht.

Die Übergabe wurde begleitet von einer symbolischen Aussaat von 48 Getreidesorten auf den Blumenbeeten der Kleinen Schanze neben dem Bundeshaus. Die verschiedenen Getreidesorten sollen erinnern, dass unsere Kulturpflanzenvielfalt in Tausenden von Jahren durch die Sorgfalt der Menschen entstanden ist und nicht privatisiert werden darf. An der Aktion wirkten Longo Mai, Swissaid, die Getreidezüchtung Peter Kunz, Zollinger Samen, Uniterre, Bioschwand und Kopelli mit. Für 25 Sorten hatten Prominente wie die Schriftsteller Franz Hohler und Guy Krneta, Musiker Tinu Heiniger und Maler Franz Gertsch die Patenschaft übernommen.

Petition gegen Brüssel

Die Petition verteidigt das weltweite Recht der Bauern, selbst entscheiden zu können, welches Saatgut sie verwenden. Sie richtet sich gegen die Europäische Kommission in Brüssel und wird am 17. und 18. April dem Menschenrechtsausschuss des EU-Parlaments übergeben. Eine Kopie der rund 30000 Unterschriften aus der Schweiz

wurden dem Bundesrat überreicht, da die neue Saatgutgesetzgebung der Schweiz sich teilweise den EU-Direktiven und den Forderungen der Saatgutkonzerne anpasse. Als Sprecher der Aktion in der Schweiz tritt die Europäische Kooperative Longo Mai auf. Zu ihr zählt etwa der alternative Hof «Le Montois» in Undervelier JU. Beim Sammeln der Unterschriften wurden sie vom Basler Appell gegen Gentechnologie unterstützt.

«Erhaltungsrichtlinie»

Die EU-Kommission hat 2008 begonnen, das EU-Saatgutverkehrsrecht zu überarbeiten. Die Vermarktung nicht eingetragener Sorten, wie sie etwa in Rumänien weit verbreitet sind, soll in der sogenannten «Erhaltungsrichtlinie» geregelt werden. Wegen der vorgesehenen hohen bürokratischen Hürden drohen diese Sorten nicht eingetragen und damit illegal zu werden. Denn für die Eintragung soll die Bedeutung einer Sorte für die Erhaltung der Pflanzenvielfalt nachgewiesen werden müssen. Auch sollen die Sorten an ihr Herkunftsgebiet gebunden und im Anbau quantitativ beschränkt werden. Die Urheber der Petition kritisieren, diese Anforderungen würden nur den internationalen Saatgutkonzernen in die Hände spielen. *mgt/sal*